
Interpellation SVP Fraktion vom 9. Dezember 2010 betreffend Ausschaltung des Einwohnerrates bzw. des Stimmvolkes bei Kreditbeschlüssen, insbesondere im Verkehrsmanagement Baden-Wettingen

1. Letztmals an der Einwohnerratssitzung vom 9. September 2010 hatte der Einwohnerrat über eine Kreditvorlage in Höhe von 3,968 Millionen Franken betreffend Sanierung Zentralstrasse von Staffelstrasse bis Schönaustrasse zu befinden. Man kann sich bei dieser Kreditsumme des Eindrucks nicht erwehren, dass sie mit Absicht um lediglich 32 000 Franken (0.8 %) unter die einwohnerrätliche Kompetenzlimite von 4 Millionen Franken gedrückt wurde, um so eine Mitsprache des Volkes via fakultatives Referendum von vornherein auszuschliessen.
2. Der Gemeinderat hat sich für ein analoges Vorgehen beim Verkehrsmanagement Baden-Wettingen entschieden, indem für dieses zusammenhängende Projekt im Finanzplan + Investitionsprogramm 2010 - 2014 Beträge von insgesamt 5,063 Millionen eingesetzt sind, die über mehr als 5 Jahre verteilt werden. Allein die für die Jahre 2013 und 2015 vorgesehene Busbevorzugungs-Lichtsignalanlage Märzengasse soll 1.29 Millionen kosten, das für 2013 eingeplante Lastwagen-Fahrverbot auf der Schartenstrasse wiederum ist nicht unter 360 000 Franken zu haben.

Nachdem der Grosse Rat diesen Herbst das Verkehrsmanagement Baden-Wettingen genehmigt hat, gelangt dieses 50 Millionen-Projekt demnächst in den betroffenen Gemeinden inklusive Wettingen zur Umsetzung.

3. Der Gemeinderat wird ersucht, die im Finanzplan 2010 - 2014 eingesetzten Projektbeträge für das Verkehrsmanagement Baden-Wettingen in einer einzigen Kreditvorlage zusammenzufassen und so die geltenden Regelungen betreffend Kompetenzlimiten des Einwohnerrates zu respektieren und die Mitspracherechte der Bevölkerung nicht von vornherein zu umgehen.

Begründung:

1. Die Verwaltungen auf allen Stufen haben die Tendenz, sich auf Kosten der Parlamente und der Bevölkerung immer mehr Kompetenzen zuzuschancen. Via Kompetenzdelegationen wird das Mitspracherecht der Parlamente wie der Stimmbürgerschaft in Gemeinden und Kanton sukzessive ausgehöhlt.
2. Das Verkehrsmanagement umfasst nicht nur Kredite für bauliche und verkehrstechnische Massnahmen. Es ist darüber hinaus so etwas wie eine regionale Verkehrsverfassung, welche regelt, wie lange die Spiesse der verschiedenen Verkehrsträger sein dürfen. Unter anderem basiert das Verkehrsmanagement Baden-Wettingen auf dem Grundsatz, dass dem öffentlichen Verkehr generell Priorität einzuräumen ist. Per Saldo besteht denn auch das VM Baden-Wettingen primär aus sogenannten Pfortner-Anlagen, mit welchen der Busverkehr bevorzugt. und der künstlich gestaute Privatverkehr in den Aussenbezirken der Vororte von Baden zurückgehalten wird und nur tropfenweise ins Zentrum weiterfahren darf.

Nach unserer Auffassung wird der Privatverkehr im VM Baden Wettingen als subsidiäre Grösse behandelt, als angebliches im Vergleich zum öffentlichen Interesse minderwertiges Privat-Interesse, dem man beliebige Erschwernisse in den Weg legen darf. Mit dieser Methode werden dem Privatverkehr, der indirekt auch den ÖV mitfinanziert, hohe Zusatzkosten (Wartezeiten von Fahrzeugen und Personen) auferlegt. Diese Staukosten werden dann auf eidgenössischer Ebene dazu missbraucht, dem MIV (motorisierter Individualverkehr) zusätzliche Steuerlasten aufzubürden.

3. Die betroffene Bevölkerung hatte bisher zum VM Baden-Wettingen noch nie etwas zu sagen, auch der Wettinger Einwohnerrat nicht. Unsere Bevölkerung ist der Baden-Regio lediglich gut genug, um die hohen Kosten von ca. 50 Millionen via Steuerleistungen zu be-rappen und sich damit abzufinden, dass in der kantonalen und regionalen Verkehrspolitik der Privatverkehr zu zahlen, im Übrigen aber zu Schweigen hat. Dieser Sachverhalt ist un-seres Erachtens ebenso unzumutbar wie undemokratisch.

Schon vor Jahren haben wir - leider umsonst - den Einbezug von Einwohnerrat und Bevöl-kerung bei der regionalen Verkehrsplanung bzw. dem nun ausführungsfähig entwickelten VM Baden-Wettingen gefordert. Zur Beruhigung der Gemüter hat dann der Gemeinderat zum Leitbild Verkehr 2005 vor einigen Jahren eine "Begleitkommission Leitbild Verkehr" eingesetzt. Diese Kommission hat jedoch lediglich 2-3 Mal getagt und erfreute sich seit Jahren und insbesondere in der Phase der Entscheidfällung eines Mauerblümchen-Da-seins. Das gleiche gilt für das Verkehrsforum Baden, das nur in der Phase der Konzept-wahl funktionierte, bei der Entscheidfällung aber gleichermassen ausgeschaltet worden ist.

Auch die für Verkehrsbelange zuständige einwohnerrätliche Verkehrskommission wird nur bei Detailproblemen, wie der Platzierung von Fussgängerstreifen, Parkplatz-Aufhebungen u.a.m., konsultiert, aber nie zur Entscheidung von grundsätzlichen Fragen wie dem VM Baden-Wettingen, beigezogen und angehört.
